

Jour fixe vom 25.03.2019, Trumps Venezuela-Politik – Fortsetzung

— *Ein aktueller Nachtrag zur letzten Diskussion, der sich auf die Dringlichkeitssitzung im UN-Sicherheitsrat zur Krise in Venezuela bezieht: Mike Pence, der Vizepräsident der USA, hat dort eine 18-minütige Rede gehalten; anschließend wird ihm vorgeworfen, er wäre nur gekommen um zu reden, anstatt zuzuhören. Dem UN-Botschafter von Venezuela bestreitet Pence die Legitimität (aber wenn er schon da sei, solle er Maduro sagen, dass er abzutreten habe). Zugleich weisen die USA mit der Aufforderung, die UN hätte in Venezuela für eine neue Ordnung zu sorgen, der UN ihren Stellenwert als ausführendes Organ der Politik der USA zu. Sie argumentieren selbstverständlich vom Standpunkt ihrer Stärke aus ohne irgendeine Begründung oder Diskussion.*

Das gehört alles in das Reich der Diplomatie, die Amerika in seinem Sinne betreibt. Russland hat sich angesichts dessen darüber beschwert, dass die UN zur Propagierung eines Programms benutzt wird, das nicht nur das Völkerrecht verletzt, sondern auch die UNO-Gepflogenheit auf den Kopf stellt, den in der UN vertretenen politischen Souveränen den Respekt der Legitimität ihrer Souveränität nicht zu verweigern. Die USA sprechen in diesem Fall ausdrücklich die Delegitimierung einer Mannschaft aus. In der Dringlichkeitssitzung der UNO sollte es ja um „Hilfe für Venezuela“ und „Sicherheitsfragen“ gehen und da haben sich die Russen – nicht ganz zu Unrecht – darüber beschwert, dass doch Amerika den Bürgerkrieg schürt und nicht Venezuela ein Sicherheitsrisiko für die Welt ist.

*

Beim letzten Mal wurde besprochen, wie Trump und seine Mannschaft die Lage sehen. In der Beschwörung einer „sozialistischen Gefahr“ steckt der selbstbezügliche Anspruch der USA, zu definieren, wie die Herrschaften im Hinterhof von Amerika auszusehen haben: ausgerichtet an Amerika. Und von diesem Gesichtspunkt aus wird die sog. Troika der Tyrannei ausfindig gemacht (Kuba, Nicaragua und Venezuela). Das ist aber kein Demokratisierungsprogramm, das es ja auch mal gegenüber Lateinamerika, ja sogar gegen die von Amerika selber eingerichteten Diktaturen gegeben hat.

Wenn Amerika die drei Abweichler in seinem Hinterhof für illegitim, unerträglich hält und sie dabei „über einen Leisten schlägt“, mit was für einer polit-ökonomischen Lage hat man es da zu tun? Gibt es eine Gemeinsamkeit der drei Länder hinsichtlich dessen, was sie sich hinsichtlich ihrer Einordnung in Weltmarkt und -ordnung geleistet und sich damit die Feindschaft Amerikas zugezogen haben? Was ist neu an dieser schon lange bestehenden Feindschaft?

Diese drei Länder sind in den Weltmarkt auf die eine oder andere Weise einbezogen und mit ihrem Programm, mit Hilfe ihrer Weltmarktmittel die Nation aufzubauen, gescheitert. Für diese Nationen ist es ein Widerspruch, aus dem Weltmarkt Mittel zu beziehen und damit für die eigene Nation was anstellen zu wollen: das steht 1. im Gegensatz zu diesen Mitteln und 2. geben diese Mittel das auch gar nicht her. (Es gibt mehrere, in den Imperialismus positiv eingeordnete Staaten, die ähnliches probiert haben: z.B. Saudi Arabien, das ebenfalls mit seinen auf dem Weltmarkt verdienten Öldollars vom Öl wegkommen will.) Solche Projekte leiden offensichtlich daran, was ihre Rolle im Weltmarkt hergibt bzw. nicht hergibt. Rohstoffländer, die so etwas vorhaben, schaffen es nicht, ihr Volk produktiv einzusetzen und darüber eine für den Weltmarkt taugliche Ökonomie zu etablieren, weil sie ihre produktiven Mittel auswärts einkaufen müssen. So leiden sie an ihrer ökonomischen Abhängigkeit vom Weltmarkt und an dem laufenden Scheitern der Versuche, mit ihren Weltmarktmitteln eine nationale, ökonomische Befreiung zustande zu bringen. Dieses Ergebnis hat man in den drei Ländern zwar unterschiedlich, aber in jedem Fall ruinös vorliegen. Mit diesem Widerspruch ökonomischer Art haben sie es zu tun, noch bevor diese Staaten sich ein politisches Programm in Bezug auf die Weltmarktmächte und insbesondere in Bezug auf die USA vornehmen.

— *Die Gemeinsamkeit besteht also darin, dass die drei Staaten jeweils über einen Stoff*

verfügen, über dessen Verkauf sie auf dem Weltmarkt den Aufbau ihrer nationalen Ökonomie bewerkstelligen wollen. Im Fall von Venezuela ist es das Öl. Nicaraguas Bezug zum Weltmarkt besteht in den Einnahmen durch die internationale Nutzung des Panamakanals. Was ist Kubas „Weltmarktstoff“?

Kuba hatte probiert, sich mit der UdSSR anders aufzubauen und hat lange über die Hilfen der Sowjets existiert. Inzwischen vertreten sie den Standpunkt, sich weltmarktmäßig zu bewähren, nicht nur mit Zucker, sondern hauptsächlich mit Hilfe des internationalen Tourismus und der Überweisungen der Exilkubaner, weil Kuba selber nicht mal als Rohstoffland eine wichtige Rolle im Weltmarkt spielt.

— Über ihr Scheitern hinaus, halten diese Staaten an ihrer Souveränität fest, obgleich ihnen die materiellen Voraussetzungen dieser Souveränität abhanden gekommen sind. Sie halten formell daran fest, dass sie der Souverän dieses Landes sind und kämpfen um ihr Überleben.

Diese Staaten suchen nach einer dem Weltmarkt gerechten Alternative, um aus dieser ökonomischen Zwangslage – die Mittel sind nicht in ihrer Hand – herauszukommen. Sie wenden sich an Konkurrenten der USA, um an vermehrte Mittel zu gelangen, überführen die ökonomische Misere in eine Suche nach politischen Alternativen und ziehen sich damit die Feindschaft der USA zu. Amerika lässt von dieser Feindschaft nicht ab, obwohl es bis heute venezolanisches Öl kauft, obwohl Venezuela ökonomisch ruiniert ist und auch Nicaragua und Kuba Armenhäuser sind. Hier stellt sich die Frage, worin begründet sich die fortdauernde Feindschaft Amerikas?

— Trump entdeckt in dem politischen Programm dieser Staaten eine Gemeinsamkeit, an der er sich stört. Die besteht darin, dass sie als Staaten auf ihre Souveränität pochen, dass sie die eigene Definition, was sie als Staat wollen, nicht davon abhängig machen wollen, ob das Amerikas passt. Ihre nationale Souveränität beziehen sie aus ihre eigenen Ambitionen und Interessen.

— Sie beharren auf ihrer Souveränität, gerade wo die Mittel und der Inhalt ihrer Souveränität kaputt gehen. Sie halten gar nicht mehr daran fest, dass aus ihrer Nation noch was werden soll.

— Das klingt so, als käme die Feindschaft der USA daher, dass Venezuela seinen Niedergang angesichts der im Inland bereits sehr erfolgreichen Opposition nicht akzeptiert? Sie existiert aber nicht erst seit Trump und ist nicht angesichts des Niedergangs und des aktuellen Behauptungsprogramms entstanden.

Die Frage ist: Wie stehen sie denn *jetzt* da? Sie sind 1. ökonomisch ziemlich ruiniert, aber 2. bestehen sie auf ihrer nationalen Souveränität unbeschadet der fehlenden Mittel. Was ist dann von ihrem Programm übrig geblieben? Sie führen einen Machtkampf gegen eine Opposition, die ihnen die Schuld für die ruinierte Wirtschaftslage gibt: Maduro und Co. sind schuld, weil sie sich national zu viel Abweichung von den Quellen und den geltenden Gesichtspunkten geleistet haben, auf die es doch für Venezuela ankäme. Wenn also angesichts dieses Machtkampfes über die Herrschaft im Lande vom Chávez-Programm nicht allzu viel übrig geblieben ist – warum ist es dann nicht egal, wer den Machtkampf gewinnt?

— Dass vom alten Programm nicht mehr viel übrig ist, liegt daran, dass die Mittel dafür beansprucht werden, um die Macht zu erhalten oder wieder zu erlangen. Die Mittel werden nicht mehr dafür verwendet, die Nation voranzubringen, sondern sind darauf gerichtet, den Souverän zu erhalten.

Wenn es nur um Machterhalt ginge, könnte Maduro die Feindschaft zu Amerika einfach aufgeben und der Nation ginge es besser. Was unterscheidet denn Maduro von Guaidó, der bekundet, er steht hinter Amerika und dann steht Amerika hinter ihn? Von dem alternativen Programm Maduros ist der gute, aber leere herrschaftliche Wille geblieben, an dem Ideal dieses Programms festzuhalten. Die praktischen Maßnahmen dagegen beziehen sich auf das

mühselige Aufrechterhalten ihres Ladens, in denen noch Momente von diesem Ideal zu erkennen sind, die von dem Alternativprogramm übrig geblieben sind. Die Nation soll verteidigt werden, als Besitzstand festgehalten und nicht einfach Volk und Land an die USA ausgeliefert werden. Das wollen sie sich nicht nehmen lassen.

Um was wird da gekämpft, wenn es heißt, Maduro oder Ortega sollen siegen? An dem alten Programm wird nur noch der leere Anspruch entdeckt, gar nicht mehr die positive Praxis einer Benutzung und Ausnutzung von nationalen Quellen. Die hat sich ja als unhaltbar erwiesen. Aufrecht erhalten wird der Standpunkt: Land und Volk liefern wir nicht einfach der Gegenseite aus. Die Werte und positiven Grundlagen, die als Programm gar nicht mehr hinzukriegen sind, müssen gerettet werden. Mit dem Standpunkt „Retten“, was materiell bereits verloren ist, wird der nationale Idealismus, der das ganze Programm beflügelt hat, aufrechterhalten.

— Die Mittel verloren zu haben, aber am Zweck festzuhalten, ist ja nichts Außergewöhnliches.

Es ist nicht richtig zu sagen, da wird am Zweck festgehalten. Der ist verwandelt zum Standpunkt der Selbstbehauptung. Wir sind doch eine Nation, die was Besseres verdient hat, und das Bessere haben wir mal zu betreiben versucht. Der alte Zweck lebt fort als Ideal zum Selbstbehauptungskampf und wird als solches gegen das gescheiterte Programm aufrechterhalten.

Wie kann hier die Figur Guaidó eingeordnet werden?

— Die Bestimmung lautet nicht einfach, hier handelt es sich um eine abhängige Kreatur. Beim letzten Mal hieß der Schluss, Amerika will, dass Venezuela seinen abhängigen Status als Ölexportland akzeptiert und daraus seine Staatsräson ableitet. Das ist für diesen Staat eine Zumutung. Im Brasilien-Artikel (Resultate, Imperialismus 3, 1981) heißt es: egal, wer in diesen Ländern die Macht ausübt, sie alle teilen das Programm, aus ihrer Nation mehr zu machen als nur vom Export ihrer Rohstoffe zu leben.

Guaidó tritt mit der Devise an, stellen wir uns hinter Amerika, dann stellt es sich hinter uns. Das hat etwas Widersprüchliches an sich, auch und gerade angesichts von Trump. Der verspricht diesen Ländern jedenfalls nichts, sondern sagt, die sollen sich gefälligst den USA unterordnen und damit haben sie dann zu leben.

Guaidó verlangt, er müsse erst an die Macht kommen, dann findet sich alles Weitere. Der Standpunkt der Eigenständigkeit existiert hier in der Form, sich Amerika zum Freund zu machen. Das heißt nicht, dass er eine bloße Kreatur der Amis sein will: das ist der Widerspruch dieser Politik, die sich der Freundschaft mit den USA bedienen will und darüber von und für die Amis beansprucht wird. Alle diese drei Länder sind in einem nationalen Machtkampf mit einer Opposition verstrickt, die dafür kämpft, dass sich die Nation anders aufstellen soll. Das ist der zur ökonomischen Lage gehörige, politische Notstand in diesen Ländern.

— Das Argument fehlt, warum die USA diese unversöhnliche Feindschaft aufmachen: Liegt das daran, dass es diesen Ländern trotz ihres ökonomischen Niedergangs dennoch gelingt, politisch so aufzutreten, dass sie sich als die Stimme des Volkes präsentieren, die sich mit der Unterordnung nicht zufrieden gibt?

Die USA sehen in diesen Ländern unerträgliche Feinde. Sie entdecken an ihnen das Festhalten an ihrem nationalen Willen zur Selbstständigkeit. Das liegt nicht an spezifischen ökonomischen Interessen der Amis, die dadurch tangiert würden. Die USA treiben einen munteren Handel mit Venezuela und kaufen das Öl zu von ihnen diktierten Preisen. Nicaragua war für die USA nie von ökonomischer Bedeutung. Auch unter dem ökonomischen Niedergang dieser Länder, den sie selber hergestellt haben, haben die USA nicht gelitten. Es ist vielmehr der Standpunkt der Kontrolle über diese Länder, um den es geht.

Trump fragt nicht nach einem spezifischen Vergehen dieser Regierungen gegen Amerika, sie

werden vielmehr prinzipiell als antiamerikanische Umtriebe definiert. Er stellt fest, mit dem zunehmenden ökonomischen Ruin dieser Länder haben sie ihr Lebensrecht verloren. Also ist ihr aktuelles Vergehen quasi, dass sie ihre Kapitulation verweigern. Wie kommt Amerika auf die Feststellung, wenn es heißt, die hätten doch schon längst aufgeben müssen?

— *Im letzten Protokoll steht zum Hinterhofstandpunkt der USA, dass hier ein Widerspruch für beide Seiten existiert: Venezuela leidet an dem Hinterhofanspruch der USA, an seiner kapitalistischen Rolle im Weltmarkt und den politischen Querelen, die das einschließt. Dann heißt es weiter und „die USA leiden an ihrem Anspruch an diese Region“. Als wäre das auch für sie ein Widerspruch. Das kann doch nicht stimmen?*

Die USA leiden nicht an ihrem Anspruch, sondern das amerikanische Leiden resultiert aus diesem Anspruch.

— *Und dieser Anspruch heißt: diese Staaten hätten schon längst ihren antiamerikanischen Staatswillen aufgeben müssen. Stattdessen finden sie auch noch Verbündete, die diese kollabierenden Staaten weiterhin am Leben erhalten.*

Der Widerspruch setzt bereits vorher an: Hinterhof ist auch für Amerika ein Widerspruch. Es wird verlangt, dass die betroffenen Staaten ihre Unterordnung als nationales Programm verfolgen und so die ihnen zugewiesenen Funktionen vollziehen.

— *Verlangt ist der Wille der Souveräne zur bedingungslosen Unterordnung. Das ist als Anspruch an einen Souverän ein Widerspruch.*

Weil er zugleich als Souverän den Standpunkt hat, auf diese Weise komme ich mit meinen Berechnungen zum Zuge. Der Anspruch der USA heißt aber, deine Interessen kommen überhaupt nur dann zum Zuge, soweit meine Geltung haben: ganz prinzipiell und jenseits spezifischer Auseinandersetzungen. Für Trump löst sich alles in die Forderung auf, dass dort die richtige Herrschaft hingehört.

— *Nochmal zum Hinterhof-Anspruch und dem Leiden der USA daran. Selbst wenn der Selbstbehauptungswille dieser Nationen nur noch abstrakt vertreten wird, weil es ihnen an materiellen Mitteln der Durchsetzung fehlt, ist es eben immer noch ein politischer Selbstbehauptungswille, der von sich sagt, mein nationaler Zweck geht nicht in purer Dienstbarkeit für die USA auf. Das macht den Gegensatz aus.*

— *Der Begriff Souveränität drückt an sich schon aus: der Staat hat seine eigenen Berechnungen mit seiner Macht, die er über Land und Leute ausübt. Und genau diese Macht soll jetzt aufgehen in den Zwecken einer anderen Souveränität. Dieser Widerspruch macht den Gegensatz so unvereinbar. Hier merkt man, dass Trump ein Prinzip der bisherigen Weltordnung – die Souveränität – angreift.*

Was ist die objektive Sachlage in diesen Staaten, die ökonomisch ruiniert sind und um ihre Selbstbehauptung ringen? Was ist der Inhalt von dem Widerspruch, um den es die ganze Zeit ging, und der ganz abstrakt auf der Ebene der Souveränität ausgedrückt worden ist?

— *Die negativen Auswirkungen ihrer Abhängigkeit vom Dollar liefern für diese Staaten beständig Gründe, auf ihren selbstständigen Status zu dringen und genau das wird ihnen von den USA bestritten.*

In dieser Lage befinden sich diese Länder. Früher war der Vorwurf, dort herrschen kommunistische Umtriebe und das hatte damals eine objektive Grundlage. Mit dem Abgang der Sowjetunion hieß es dann, die Welt kommt wieder in Ordnung, der Kapitalismus hat gesiegt. Hier hat man nun einen Fall vor sich, der zeigt, dass gar nichts in Ordnung kommt. Diese Staaten melden an, dass sie unter den Weltmarktbedingungen nicht leben können. Das betrifft nicht bloß Kuba, das sich irgendwie aufrechterhalten hat. Es finden laufend neue Fälle statt, wo demokratische Aufstände, nationale Unternehmungen in Sachen Rettung der Nation unterwegs sind, die sich glatt auch noch halten, obwohl sich ihr nationales Programm am

Weltmarkt blamiert hat. Aus der Sicht Amerikas heißt das, ihre Dollarmacht und ihr politischer Einspruch haben nicht dafür gesorgt, solchen Umtrieben den Garaus zu machen. Amerika hat es also damit zu tun, dass seine Dollarmacht wegen seiner negativen Wirkungen ständig Opposition in diesen Staaten erzeugt. In dieser Form bekommt Amerika praktisch den Widerspruch seines Weltordnungsanspruchs zu spüren, den es nicht in seinem Sinne im Griff hat. Hier handelt es sich nicht um eine Souveränitätsidiotie, sondern um ein fortwährendes, praktisches Feld imperialistischer Staatenkonkurrenz. Ohne wirklich eine anti-amerikanische Macht darzustellen – weil total abhängig von den Weltmarktmitteln und ihrer Kontrolle durch die USA –, widersprechen diese Länder immerzu den amerikanischen Ansprüchen und müssen als Feinde Amerikas eingedämmt werden.

— *Hinzu kommt, dass diese Staaten sich nicht nur wechselseitig gegen die USA unterstützen, sondern auch nach Alternativen zu der US-Dominanz suchen und diese in Gestalt von China, Russland usw. auch finden.*

Das hat seine Ursache nicht nur im derzeitigen Niedergang dieser Staaten, sondern ist Resultat der eingerichteten imperialistischen Verhältnisse. Von Anfang an suchten diese Staaten nicht bloß, sondern praktizieren auswärtige Beziehungen vom Standpunkt der nationalen Selbstständigkeit aus – früher aus der Perspektive des nationalen Vorankommens, jetzt eher des Aushaltens – und sehen in den Konkurrenten der USA die originären Adressaten ihres Selbstbehauptungswillens.

Die objektive Seite dieses Verhältnisses ist: Es handelt sich hier nicht um einen „Souveränitäts-Spleen“, sondern das ist der Umgang mit dem Gegensatz, der in diesem Abhängigkeitsverhältnis für beide Seiten enthalten ist. Die USA als Vormacht beanspruchen nicht aus Jux und Tollerei die Kontrolle, sondern sie müssen sie ständig wahrnehmen, weil sie es zwar mit machtlosen, aber sich gleichzeitig behauptenden *Angriffen auf ihren Kontrollanspruch* zu tun haben. Diesen Anspruch betätigt Amerika im Wissen darum, dass es immerzu mit solchen Alternativen staatlicher Macht zu tun kriegt. Das ist die hergestellte Lage: es liegt nicht an der Sowjetunion und kommunistischen Umtrieben, dass diese Staaten aus ihrer vorgesehenen Rolle tanzen, sondern am Weltmarkt und der Rolle, die diesen Staaten damit praktisch zugewiesen ist. Der Weltmarkt ist für diese Länder gleichbedeutend mit einer widersprüchlichen Abhängigkeit vom Dollar und ihrer *Unzufriedenheit* mit diesen Verhältnissen. Darin besteht die Notwendigkeit des amerikanischen Kontrollanspruchs.

*

Von den USA aus gilt der Standpunkt: das Weltgeschäft ist qua Dollar eingerichtet, an dem wollen sie verdienen und die Rolle des amerikanischen Kapitals muss dabei verlässlich gesichert sein. Der Kontrollbedarf kommt aus dem Standpunkt: die Quellen müssen uns zur Verfügung stehen. Das ist die andere Seite von: Venezuela lebt vom Öl, das Öl wird von den USA gekauft und dort kapitalistisch benutzt. Venezuela ist nach der ökonomischen Seite hin nur ein riesengroßes amerikanisches Geschäft. Hier ist der selbstverständliche US-Standpunkt: dann hat das Land auch unter unserer Kontrolle zu sein. Die objektive Lage ist, dass Amerika – auch dort – Konkurrenten erwachsen sind, also die Macht des amerikanischen Geschäfts und der Anspruch auf Kontrolle sich nicht als genügend produktiv erwiesen haben. So ist es nicht verwunderlich, dass diese drei Länder für Amerika der Beweis für mangelnde Macht über die Verhältnisse sind.

Diese objektive Lage zu verstehen, ist wichtig, um Trump nicht – wie in der Öffentlichkeit üblich – als unberechenbaren Radikalen einzuordnen, der im Fall Venezuela etc. falsch gegen richtige Gegner vorgeht. Die USA sind mit dem Zustand ihres imperialistisch beanspruchten Hinterhofs konfrontiert, dass dort (auch nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und nach der Erledigung der linken Guerilla-Aufstände in Lateinamerika) ständig nationale Alternativen unterwegs und in diesen drei Ländern sogar dauerhaft an die Macht gekommen sind. Amerika kann so etwas von seiner imperialistischen Stellung aus nicht dulden. Das ist ein Anschlag auf

die von den USA für notwendig befundene Kontrolle der Weltmarktverhältnisse und der internationalen Konkurrenz.

Die objektive Lage ist also, dass es die USA mit einem Widerspruch ihrer eigenen Umtriebe zu tun haben. Das sieht Trump natürlich anderes und er hält diese Lage auf seine radikale US-Art nicht aus. Diese drei Länder sind etwas, das es nicht geben darf und er muss exemplarisch dafür sorgen, dass es das nicht gibt.

— *Trump betrachtet das als Schuld der früheren US-Regierungen: Die USA haben etwas durchgehen lassen, was sich nicht gehört, weil sie es versäumt haben, die Feindschaftserklärung gegen diese Staaten in Lateinamerika durchzusetzen. Damit ist es jetzt soweit gekommen, dass diese Länder ohne Grundlagen an ihrem abweichenden Programm festhalten – das darf nicht mehr sein.*

— *Der Übergang vom Trump ist, die USA haben es grundlos an tätiger Macht fehlen lassen. Die früheren US-Führer haben Fehler gemacht, böse Konkurrenten aber auch Mitstreiter haben in unanständiger Weise geholfen, solche Herrschaften an der Macht zu halten. Damit ist der Übergang dazu klar, die eigene Macht tätig werden zu lassen.*

Das ist vom Standpunkt aus argumentiert: wir haben doch die Macht, wir haben es nur am richtigen Machtgebrauch fehlen lassen. Dieses ‚obwohl die anderen nichts vermögen‘ ist weniger ein ‚obwohl‘, als der Hinweis darauf: die haben uns als Macht nichts entgegen zu setzen, also müssen wir uns nicht bremsen lassen. Diese fundamentale Selbstkritik mit der Trump antritt – die USA hätten es nur an ihren glaubwürdigen und rücksichtslosen Machtgebrauch fehlen lassen, das sei ihr großes Vergehen –, wurde schon an anderen Fällen besprochen. Das wird hier in einer Weise offensichtlich zum Programm gemacht, die von dem Standpunkt ausgeht, das einzige, was den USA im Wege steht, ist ihre eigene Dummheit, hier eine Appeasementpolitik zu betreiben zu haben. Dass Obama einmal unter einem Che-Guevara-Bild gesessen hat, ist ein riesiges Verbrechen.

— *Trump betrachtet das als ein Eingehen auf die Interessen eines ungeliebten Staates, um ihn für sich zu gewinnen. Das hält er für einen Verzicht auf die Macht, die Amerika doch hat.*

Diese Kritik an der US-Lateinamerika-Politik sieht in ihr den Beweis für ein Verbrechen am amerikanischen Anrecht auf Anerkennung und Geltendmachen seiner Macht. Was hat Obama in Kuba probiert? (vgl. GS 1-15, „Die USA besinnen sich auf ihren Dollar-Imperialismus“) Seine Kuba-Politik bestand darin, Freiheiten zu eröffnen, Sanktionen über Kuba teils zurückzunehmen, damit der Dollar seine Wirkung tun kann und diesen Staat gründlich zersetzt. Er wollte das Geschäft mit Kuba nicht den Konkurrenten überlassen, sondern darüber sollte dieses Regime an den Dollar gebunden und gleichzeitig zugänglich werden für US-Einflussnahme auf sein Regieren. Das ‚Appeasement‘ war ja mit Ansprüchen, als Waffe gegen sie gedacht, verbunden. Auf der anderen Seite seiner Kuba-Politik war Obama der erste Promotor davon, dass man Venezuela als Hauptfeind in den Blick nehmen muss. Diesen Widerspruch, ein Land vom Standpunkt der Vormacht aus durch Konzessionen ökonomisch zu umarmen, dabei politisch jeden Vorbehalt weiterhin in der Hinterhand zu haben und auf der anderen Seite den Hauptförderer von Kuba, nämlich Venezuela, zu bekämpfen, hält Trump für Appeasement.

*

Damit ist abstrakt gekennzeichnet, worin Trumps ganzes Programm besteht. Er hält es für einen Skandal, dass diese drei Länder mit Amerika leben und überleben, sich gegen seinen Willen Freiheiten herausnehmen, die sie ihnen erlauben – und das trotz ihres Anspruch darauf, dass sie sich ganz anders auszurichten hätten. Und damit ist klar, was jetzt fällig ist: ein ganzes Sanktionsregime eigener Art (vgl. GS 4-18, Sanktionen).

Das praktische Programm von Guaidó, der in seiner Rede dem venezolanischen Volk das Blaue vom Himmel verspricht, welcher Wohlstand ihnen blüht, wenn sie sich an Amerika ausrichten

(was allen Erfahrungen der Venezolaner widerspricht, die sie bis neulich mit den USA gemacht haben), beruht auf seiner Sicht, dass an den Venezolanern das Urteil vollzogen wird, ihr habt kein Überlebensrecht. So wie ihr euch gegen die US-Vormacht behauptet, so erledigt die euch mit ihrer Macht. Das ist einerseits das notwendige Ergebnis des Sanktionsregimes, das zielt auf Erledigung des Gegners, andererseits ist das Ergebnis noch nicht ausgemacht.

— *Sanktionen richten sich erst mal an einen (störenden) Souverän, den man damit erpresst und zu einem anderen Gebrauch seiner Souveränität bringen will. Hier ist das Besondere, dass die Sanktionen mit aller Härte darauf zielen, diesen Staat zu vernichten, seine Souveränität zu beseitigen.*

Hier war schon die alte Feindschaft der USA nie darauf gegangen, diese Staaten zu einem Wohlverhalten zu erpressen. Es ging schon immer vom Standpunkt der Feindschaftserklärung aus: ihr (besonders Kuba) habt kein Lebensrecht. Aber die Praxis des Sanktionswesens war ein Hin und Her zwischen die Sanktionen verschärfen oder berechnend einsetzen. Die USA selbst haben gegenüber diesen Ländern auch nach den Zeiten der SU ihre Sanktionen berechnend eingesetzt. Mal haben sie demonstriert, dass die drei Länder eigentlich aufzugeben haben, mal haben sie glatt im Druck etwas nachgelassen, weil Obama eine Politik der halb friedlichen und genauso tödlichen Dollar-Umarmung mit Kuba aufmachte.

— *Die Sanktionen, die Kuba betreffen, fangen gleich mit einem ganzen Sanktionsregime an. Da werden nicht einzelne Güter sanktioniert, sondern es wird mit aller Macht versucht, ein komplettes Verbot der Teilhabe am Weltmarkt durchzusetzen. Findet da nicht ein Übergang dazu statt – gerade weil das Sanktionsregime noch darauf rechnet, dass dieser Staat sich durch Schädigung zur Raison bringen lässt –, diesen Willen auch militärisch an dem Land durchsetzen? Nicht gleich einzumarschieren, aber nichts auszuschließen, alle Mittel anzudrohen.*

Das ist die noch zu besprechende Fortsetzung. Den Standpunkt, die sind unerträglich, haben die USA mehr oder weniger immer schon gegenüber diesen Staaten eingenommen. Der Ausgangspunkt war, dass die es sich einfach geleistet haben, sich gegen die von den USA für tauglich befundenen Diktatoren oder sonstige Nationalpolitiker durchzusetzen und den Standpunkt der Selbständigkeit aufgemacht haben. An diesem Prinzip – die sind unerträglich – haben die USA nie gerüttelt, es wurde aber mit verschiedenen Berechnungen unterschiedlicher Art umgesetzt. In Trumps Standpunkt – sie haben kein Lebensrecht und keine Mittel – steckt auch eine Ansage: wir behandeln sie als machtlos. Die sind von der US-Macht in aller Freiheit zu erledigen und hier gibt es keine Berechnungen mehr.

Am Beispiel Kuba hat er verfügt, er setzt am Helms-Burton-Gesetz den Punkt 3 (ab Anfang Mai 2019) wieder in Kraft. An dem Gesetz von 1993 hatten die USA den 3. Punkt ausgesetzt, der besagt, dass vor US-Gerichten Ansprüche gegen im Ausland tätige Nutzer von (nach der Revolution) verstaatlichtem Eigentum auf Kuba geltend gemacht werden können. Die USA machen Ernst damit, jede Geschäftstätigkeit in Kuba unter den Vorbehalt eines generellen Eigentumsdeliktes zu stellen (z.B. klagen Exilkubaner gegen europäische Hotelbetreiber wegen Nutzung von Teilen ihres verstaatlichten Großgrundbesitzes). Das Sanktionsregime wird ausdrücklich auf alle auswärtigen Staaten ausgeweitet und betrifft so auch die Souveränität von Drittländern. Dass der 3. Punkt immer ausgesetzt worden war, hatte seinen Grund in Berechnungen früherer US-Regierungen, nicht in den Weltmarkt und auswärtige Geschäfte so weit eingreifen zu wollen, dass man die Erledigung dieser Staaten zu einem Paradefall dafür macht, dass alle anderen Staaten davon mit betroffen sind. Trump steht jedenfalls auf dem Standpunkt, da ist zu viel Rücksicht genommen worden. Jetzt wird die Erledigung mit allen Mitteln angestrengt und dafür findet die Umwidmung aller amerikanischen Einflussmittel in ein Kampfprogramm der Erledigung statt.

*

Wie geht das, ein Land wie Venezuela zu erledigen?

— *Die USA haben die Macht, das Land vom Dollar abzuschneiden, dem Land die Verfügung über seine Weltgeld- und Goldbestände zu bestreiten. Die Bezahlung für die Öl-Lieferungen in Dollar wird auf Auslands-Konten eingefroren und somit hat die Maduro-Regierung keine Einnahmen mehr. Die Dollar-Konten werden beschlagnahmt und der Opposition der Zugriff auf diese Konten erlaubt d.h. die Gegner der Regierung werden mit deren Mitteln ausgestattet. So machen die USA ihre finanzkapitalistische Kontrolle über das Weltgeld zur Waffe, um dieses Land fertig zu machen.*

Die Drohung Venezuelas, kein Öl mehr zu liefern, läuft somit ins Leere: die USA haben genug Ölbestände und auch Saudi-Arabien springt gerne ein. Umgekehrt droht Amerika an, kein Öl mehr abzunehmen und ein generelles Ölembargo über Venezuela zu verhängen.

— *Daneben finden Sabotageakte statt. Durch einen Cyber-Angriff auf die Strom- und Wasserversorgung hat die Bevölkerung über Wochen kein frisches Wasser und keine Elektrizität mehr.*

Auffällig ist, dass die USA bezüglich ihrer Maßnahmen keine Geheimdiplomatie betreiben, sondern sie als weltpolitisch öffentlichen Fall behandeln. Sie erklären unverhohlen, dass sie diese Länder endgültig nicht mehr dulden; verkünden das in der UNO in einer Weise, dass keiner denken soll, sie meinten das nicht ernst. Auch im Fall Iran eskalieren sie die Sanktionen und erklären, dass auch mit diesem Land endlich mal Schluss sein muss. Aber an den drei mittelamerikanischen Staaten wird gerade vorgeführt, was es heißt, mit der Beseitigung von Herrschaft ernst zu machen. Die Einrichtung von pro-amerikanischer Herrschaft bedeutet zweierlei: die alte als weltpolitischen Problemfall zu deklarieren, ihrer Legitimität zu berauben und zugleich mit dem Erledigen den Anspruch auf eine neue, den USA genehme zu etablieren. Als Extremfall des amerikanischen Imperialismus werden jetzt neue Herrschaften eingerichtet; zumindest wird die alte Herrschaft zerstört und ein Kampf darum angezettelt, den die USA dominieren: mit ihren diplomatischen bzw. ökonomischen Anstrengungen und mit ihren machtpolitischen Drohungen.

Früher haben die USA einen Militärputsch organisiert, die alte Herrschaft einkassiert und eine neue hingestellt. Jetzt erlebt man im fertigen Weltmarkt und Weltimperialismus, dass die USA diesen Standpunkt erneuern (was das Neue daran ist, kommt später). Wenn sie ihre Ansprüche in Bezug auf solche Länder formulieren, die als Souveräne formell existieren und – wie im Fall von Venezuela – eine Ölquelle gleich vor der amerikanischen Haustüre besitzen, sind diese gleichbedeutend mit ihrer Zuordnung zu Amerika: mit ihrer materiellen und politischen Ausrichtung haben sie für Amerika da zu sein. Wenn dieser Anspruch zum praktischen Programm gemacht wird, bedeutet es das Erledigen der störenden Herrschaft in diesen Staaten mit der Macht, die Amerika hat. Auf der einen Seite suchen sie sich irgendeine Figur, heizen den Machtkampf im Land nicht bloß mit der CIA und sonstigen Mitteln an und entziehen bzw. teilen auf diese Weise Legitimationen zu. Souveränität ist offensichtlich heutzutage keine Sache, die es gibt und die respektiert wird, sondern die von der Lizenz abhängt, die Amerika erteilt oder entzieht.

Die andere Seite betrifft den Anspruch gegen die entscheidenden Konkurrenten China, Russland und Europa. Teils unausgesprochen, aber der Sache nach unmissverständlich, macht Amerika klar, dass es sich über diese Konkurrenten hinwegsetzt. Der Radikalismus wird offenkundig, wenn Trump sagt, wir sind das Subjekt und wir erledigen das. Das wird als Anspruch laufend erneuert: einerseits ist es ganz unsere Sache und andererseits sollt ihr euch ganz selbstverständlich dem anschließen. Hier tut sich die neue Frage für die Staatenwelt auf, ob sie den Standpunkt Amerikas teilt, was hier legitim und was illegitim ist.

— *Das wird nicht nur den betroffenen Staaten mitgeteilt, sondern auch der Rest der Welt wird mit der Macht bedroht, die Amerika über seinem Dollarimperialismus hat.*

Mit seiner Sanktionspolitik dringt Trump auf dem Standpunkt der Erledigung und entzieht Maduro die Lizenz. Der wird mit den allerhöchsten Werten delegitimiert und Trump hat gleich eine Figur, die legitimiert und mit dem Anspruch versehen ist, die Macht zu übernehmen. In Diskussionen wurde darauf hingewiesen, dass das doch nicht so leicht geht, wie der sich das vorgestellt hat. Das mag ja sein, aber was ist der Begriff der Sache?

— *Es ist doch die Art und Weise der Zersetzung, die darüber passiert. Die macht Fortschritte, auch wenn Maduro sich jetzt noch behauptet. Rückhalt hat er beim Volk und beim Militär. Aber die Sanktionen zielen auf die Grundlage der venezolanischen Macht und haben Wirkungen. Wenn das Volk nichts mehr zum Essen hat, keine medizinische Versorgung, kein Benzin und keinen Strom, dann zielt das auf das Auseinanderdividieren von Volk und Regierung.*

— *Wie steht es mit dem Rückhalt im Volk? Es ist doch geteilt, da gibt es etliche, welche der Regierung die Unterstützung versagen. Es ist ein Bürgerkrieg in diesem Land etabliert.*

— *Die Sanktionen zielen darauf, das Volk gegen die Führung aufzuwiegeln mit der Behauptung: das Elend im Land liegt nur an ihr. Die andere Seite davon ist, dass die eigene Herrschaft ihr Volk genau umgekehrt agitiert: Maduro sagt, euch geht es nur schlecht wegen der Aggression seitens der USA.*

Trump greift mit seinem Interims-Präsidenten auf der einen Seite dieses Bürgerkriegs ein. Die USA tun alles dafür, Guaidó eine Legitimität zu verschaffen und verlangen, das sollen andere auch tun. Damit wird für sich schon ein Stück internationale Anerkennung gestiftet. Bevor überhaupt irgendwas entschieden ist, besteht Trump darauf, dass Guaidó die legitime Figur ist und will damit einen internationalen Kampf anzetteln.

In der UNO kündigt Vice Pence an, dass er nach Rücksprache mit Guaidó andere Repräsentanten einsetzt, dass die alten weg gehören und der venezolanische UNO-Vertreter kein Recht mehr zu reden hat. Diese Fronten haben was hinterhältig Lächerliches, aber das ist die Kampffront der Legitimität. Die USA dringen darauf, ihre Entscheidung soll verbindlich sein, und fangen einen diplomatischen Kampf darüber an. Guaidó wird Legitimität zugesprochen und damit wird er mit einem Souveränitätsanspruch und -recht ausgestattet. Diese Figur wird von außen etabliert, unterstützt, und der facht die Auseinandersetzung im Land an. Er verweigert sich standhaft irgendwelchen Verhandlungen, weil er sich auf die USA beruft und auf seinem Standpunkt der entscheidenden, internationalen Anerkennung beharrt. Ein anderes Moment ist das Materielle: Über die Sanktionen wird dem einen das Geld entzogen und auf das Konto des anderen überwiesen. Dem Regime werden alle Mittel abgeschnitten und der Gegenseite reserviert.

Trumps Vorgehen zeugt von der Freiheit, die er sich in Sachen Eskalation nimmt. Er erneuert laufend – erst einmal rhetorisch, also auch als Kampfansage – den Anspruch, dass Maduro weg muss. Zugleich behält er sich praktisch vor, auf welche Weise sich Amerika engagiert. Aber dass es sich engagiert – und zwar erst einmal mit der ständigen Erneuerung dieses prinzipiellen Standpunkts – das ist die eine Seite; die andere Seite ist, dass er diese Politik von dem Standpunkt aus betreibt, dass die Sanktionen eskaliert gehören und unausweichlich ihre Wirkung tun. Es ist nicht zu übersehen, dass die Sanktionen überall ausgeweitet werden unter Einbeziehung des ganzen Rests der Welt.

— *Die USA nehmen sich die Freiheit, wann und wie viel sie eskalieren, und drücken gerade darüber die Unkalkulierbarkeit für die andere Seite aus. Diese hat keinerlei Möglichkeit, berechnend damit umzugehen und sich auf diese bedingungslose Feindschaft zu beziehen.*

In diesen Sanktionen steckt keinerlei Angebot irgendeiner Sorte Arrangement. Zu etwas erpressen ist hier nicht der Standpunkt, sondern Erledigen steht an; dies gilt sowohl im souveränen wie im materiellen Sinn. Die Freiheit der USA beruht auf der Macht, das mit Sanktionen herzustellen und der Macht, den Rest der Welt unter Druck zu setzen, damit sie

erfolgreich werden. Schon in der Drohung, wir behalten uns alles vor, steckt die Freiheit, den Übergang zu anderen Mitteln zu machen. Was ansonsten unter der Hand an Zersetzungsarbeit im Land stattfindet, kriegt man ja gar nicht mit. Aber hier ist entscheidend, dass Trump alles zur öffentlichen und weltpolitischen Affäre macht. Die offizielle Linie lautet: kaputt machen und gleich eine Alternative aufbauen.

Trump sagt, Guaidó ist unser Mann, den stattdessen wir mit Legitimität und Mitteln aus. Ist er eine Kreatur Amerikas?

— *Klar ist, seine Legitimität kriegt er von der USA, und das Ziel, welches zu erreichen ist, haben die USA vorgegeben. Von den USA kommen auch die entscheidenden Mittel dafür und sollte er das nicht von sich aus hinkriegen, behalten sie sich einen anderen Übergang vor. Damit ist ausgesprochen, dass die USA sich vom Programm Guaidós nicht abhängig machen. Die stellen sicher, dass es eine von ihnen eingesetzte Figur ist.*

Und das Einsetzen geht in der Weise vor sich, dass er alles an Ausstattung erhält, damit er sich im Land durchsetzt. Die ganze Affäre, schon dass Guaidó Parlamentspräsident geworden ist und damit das Verfassungsrecht beanspruchte, sich selber zum Präsidenten zu ernennen, spottet jeder Agententheorie. Es ist so offensichtlich, dass Amerika ihn dazu angestellt hat. Kein Geheimnis wird daraus gemacht, dass er vorher in Washington war und alles abgesprochen wurde. Das Entscheidende ist, dass es eine Figur gibt, an welche die USA ihre Ansprüche anhängen und damit voranbringen können. So geht Souveränität stiften. Jedoch wird man mit dieser Figur Guaidó die Frage nicht los, ob er den Machtkampf gewinnt und was er durchsetzen kann. Aber er steht ja auch für etwas anderes: solch einen Umsturz hinzubringen und zugleich positiv als Übergang zu einer auf Amerika gerichteten Herrschaft zu gestalten. Das ist ein Dokument dessen, was im alten Artikel über „Demokratie als Argument in der Weltpolitik“ (GS 1-93) ausgeführt ist. Der Artikel ist nur in dem Sinn überholt, dass jetzt von Amerika aus gleich der Standpunkt geltend gemacht wird, dass Demokratie Schulterschluss mit Amerika heißt.

— *Es ist bemerkenswert, dass Guaidó mehrmals den Einmarsch der USA gefordert hat. In der Vergangenheit war es immer so, dass alle Staaten in Südamerika unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung eine Distanz zu den USA pflegten. Aber wenn Guaidó jetzt unmittelbar einen Einmarsch fordert, ist das etwas Neues.*

Was heißt das jetzt für die Rolle des Hinterhofs der USA? An was leidet Amerika da? Der Hinterhof hatte ja viele Rollen gespielt: Einmal war Amerika als Ordnungsmacht dazu da, dafür zu sorgen, dass aus den ewigen Umtrieben nicht so was wie kommunistische Einflussphären werden. Das Programm lautete, Guerillas zu bekämpfen und in Ländern, wo so was drohte, linke Befreiungsbewegungen niederzumachen und für einen Putsch zu sorgen. Das war die alte Rolle: Amerika war eine Ordnungsmacht, welche diese Länder vom Kommunismus frei gehalten hat. Soweit dies möglich war, wurde damit die selbstverständliche Vormacht des amerikanischen Kapitals aber auch die Freiheit der Weltmarktbenutzung gesichert. Wenn sie irgendwelche Diktatoren und Militärputsche gefördert oder andere abgesetzt haben, war dies auch ein Dienst für Europa, das mit dem Umsturz in Chile gut gelebt hat.

Im Unterschied dazu klagen im Augenblick alle sonstigen Weltmarktteilnehmer und nicht bloß Russen und Chinesen, sondern auch Europäer, dass Trump sie mit dieser Politik betroffen macht. Was ist da dran?

— *Trump bedeutet den anderen Ländern, Amerika ist dort alleine zuständig. Vor allem China und Russland haben in Venezuela Milliarden investiert, haben Verträge und Beteiligungen. Aber auch Europa und die Türkei haben Wirtschaftsbeziehungen zu Venezuela. Allen wird jetzt beschieden: eure Ansprüche zählen nicht.*

Kontrollmacht über solche Länder bedeutet einen Monopolanspruch Amerikas neuer Art. Der richtet sich dagegen, dass sich im Hinterhof Konkurrenten etabliert haben und es nicht in Frage kommt, dass diese drei Ausreißer unterstützt werden. Fremde Ansprüche, die sich inzwischen

konkurrierend in den Ländern Lateinamerikas etabliert haben, werden schlicht ignoriert. Das ist also hier der Standpunkt: wenn Amerika sich als Kontrollmacht über die Konkurrenz stellt, dann schließt es andere aus. Hier macht sich in Bezug auf Trump keiner was vor und das ganze Sanktionsregime beweist es. Nicht mehr allgemeine Weltmarktfreiheit wird gesichert, sondern gerade in dieser Sphäre wird der Anspruch radikal geltend gemacht, dass hier ein Stück *Ausschluss* oder Aufteilung der Welt stattfindet und zwar vom obersten Herren der imperialistischen Kontrolle über die Verhältnisse. Trump beherrscht den Kurzschluss: Kontrolle ist gleichbedeutend mit Nutzung der Reichtumsquellen und gleichbedeutend mit einem Wachstum in Amerika. Das Öl gehört uns und es ist ein Skandal, dass Chinesen und Russen sich schon eingekauft haben. Dies ist kein Wahn, sondern ein praktizierter Standpunkt und der heißt an dieser Stelle, das ist ein Stück Kampf um die konkurrierende, imperialistische Aufteilung der Welt auf oberster Ebene. Es findet nicht einfach ein Streit um Ölquellen statt und wer die Hand drauf legt, sondern hier legen die USA gleich die Hand auf die ganze Region.

Dieser Anspruch verlangt nach einem Ordnungsprogramm in Bezug auf ganz Lateinamerika. Brasilien und Kolumbien werden einbezogen und machen vom Standpunkt ihrer nationalen Macht aus mit. Trump macht ihnen an der Stelle nicht das Angebot, dass sie auch etwas davon hätten, sondern sie dürfen damit auf der Seite Amerikas stehen. Amerika ist derzeit als imperialistische Macht monopolistisch unterwegs und solche Staaten können von Glück reden, wenn sie beteiligt und andere bekämpft werden. Auch der Herrschaftswechsel, der von Venezuela und Nicaragua verlangt wird, enthält kein Angebot, nichts in dem Sinne, ihr profitiert auch davon. Was geschäftlich läuft oder nicht, das entscheidet nur Amerika. Bei Nicaragua reicht es erst mal klar zu stellen, dass China dort keinen Kanal bauen darf. Das wäre ein großes strategisches Verbrechen Nicaraguas oder der Chinesen gegenüber den USA mit ihrem Panamakanal. Hier geht es also um Monopolkonkurrenz und ihre strategische Bedeutung.

Nächstes Thema: Sozialversicherungen (GS 1-19)